

Dialogforum I: Papier zur sozial gerechten Energiewende

Kurzinput: Christian Woltering ist Referent für Grundsatzfragen beim Paritätischen Gesamtverband.

Kurzinput: Steffen Lembke ist Referent für Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement beim Arbeiterwohlfahrt Bundesverband.

Angesichts der vom Menschen verursachten Globalen Erwärmung und den einhergehenden ökologischen Herausforderungen, ist die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft, sprich das Ende der Nutzung von fossilen Energieträgern wie Erdöl, Kohle und Erdgas, unumgänglich. Die Energiewende umfasst nicht nur die drei Sektoren Strom, Wärme und Mobilität, sondern auch die perspektivische Abkehr von den fossilen Rohstoffen bei deren stofflicher Nutzung, zum Beispiel in der Kunststoff- oder Düngerproduktion. Bereits Mitte der achtziger Jahre begann in Deutschland der Ausbau der erneuerbaren Energien, welche mit der Einstellung neuer Kernkraftwerksprojekte einherging. In der Öffentlichkeit ist die Energiewende jedoch direkt mit dem Referendum des zweiten Atomausstiegs nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 verbunden. Laut der Studie [„Umweltbewusstsein in Deutschland 2012“](#) des Umweltbundesamtes befürworten über 90% der deutschen Bevölkerung den konsequenten Ausbau der regenerativen Energiequellen.

Dass der Ausstieg aus der Atomenergie und der Energiegewinnung durch fossile Brennstoffe positive Konsequenzen für die Umwelt hat, scheint einleuchtend. Die Energiewende beinhaltet aber auch Dimensionen der nationalen und internationalen Gerechtigkeit und verfolgt zugleich soziale und ethische Ziele. Diese Kernaspekte scheinen noch wenig in der Öffentlichkeit verbreitet zu sein. Hauptauslöser für die Debatte um die sozial gerechte Energiewende waren zudem die Kosten für die Verbraucher bzw. die ungleiche Verteilung zwischen Wirtschaft und Privatverbrauchern.

Ein Bündnis zwischen den Sozial- und Umweltverbänden entsteht

Im Frühjahr und Sommer 2012 kam es zu verschiedenen Vernetzungstreffen, initiiert von der klima-allianz deutschland sowie von DNR und Paritätischem Wohlfahrtsverband. Hier wurden Schnittstellen eruierte und gemeinsame Themen für eine verbandsübergreifende Zusammenarbeit identifiziert. Es entstanden fächer- und verbandsübergreifende Arbeitsgruppen sowie der Entschluss, als Bündnis mit dem Thema ‚Energiewende und sozial-ökologische Konsequenzen‘ an die Öffentlichkeit zu gehen. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die ‚Charta für eine sozial gerechte Energiewende‘, welche heute die gemeinsame Positionierung einiger wichtiger sozial- und umweltpolitischen Verbände darstellt.

Beim Netzwerktreffen ‚Die Neue Lobby!‘ des Deutschen Naturschutzring am 19. März 2015 stellten die Referenten Christian Woltering und Steffen Lembke die Entstehung und Fortgang des Bündnisses vor und diskutierten mit den TeilnehmerInnen, welche Faktoren für die Initiierung des Prozesses maßgeblich waren, welche Faktoren für eine das Gelingen einer themenübergreifenden Zusammenarbeit von Bedeutung sein können, wo Schwierigkeiten liegen können und wie ein solcher Prozess nachhaltig weitergeführt, sowie verstetigt werden kann.

Dialogforum I: Papier zur sozial gerechten Energiewende

Der Prozess der Konstituierung des Aktionsbündnisses

Grundsätzlich stellten die Referenten heraus, dass die themen- und verbandsübergreifende Zusammenarbeit eine große Herausforderung für die Beteiligten darstellt. Jede Kooperation beginnt mit dem komplexen Prozess, Interessen und Perspektiven zu aggregieren.

Eine Problematik die sich hier darstellte, war die Tatsache, dass die jeweiligen Seiten in ihren Fachbereich sehr gut aufgestellt waren, dass aber die Verbandsbeschlüsse zu den Positionen der jeweils anderen Seite fehlen. So gibt es von den Sozialverbänden, bzw. von der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) verfasst, beispielsweise ein Statement zum Runden Tisch „Stromsparinitiative“ aus 2012, die vom damaligen Bundesumweltminister Altmaier einberufen wurde.

http://www.bagfw.de/uploads/media/2013-06-12_Charta_Rd_Tisch_Stromsparinitiative.pdf

Die erste große Aufgabe des Bündnisses war es die gemeinsame Schnittmenge zu definieren und zu klären, an welchen Stellen es Handlungsbedarf gab. Klar war, dass die Bündnisbereitschaft groß war. Das Thema Energiewende wurde nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima in der Öffentlichkeit sehr emotional und mit höchster Brisanz geführt. Nicht zuletzt deswegen befanden die beteiligten Organisationen, dass ein geschlossenes Auftreten zu größerem Einfluss und mehr Netzwerkkompetenz führen würde.

Ein wichtiger Faktor für das Gelingen der Zusammenarbeit war zunächst der Wille, sich neues fachliches Hintergrundwissen anzueignen. Lernbereitschaft und das Einlassen auf die Themen und Bedürfnisse der Bündnispartner (Diskussions- und Kompromissfähigkeit) wurden als Kernvoraussetzungen ausgegeben. Herausforderungen entsprangen dort, wo Organisationen keine fachliche Expertise oder Position aufweisen konnten. So war z.B. die CO²-Diskussion für die Sozialverbände grundsätzlich neu. Ebenso viel es ihnen zunächst schwer einige Punkte der gemeinsam entwickelten Charta nach außen und innen zu vertreten. Es schien die Legitimation der Basis bzw. der Ehrenamtlichen zu fehlen. Probleme in Bezug auf Hierarchie-Fragen, gepaart mit einer unklaren oder fehlenden Beschlusslage, stellten weitere Hürden für das Bündnis dar.

Wie soll es weitergehen für das Bündnis?

Für die meisten Bündnispartner*innen steht fest, dass die Zusammenarbeit weiter bestehen muss. Das Thema Energiewende und die einhergehenden Prozesse, sowie die drohende soziale Ungerechtigkeit der Transformation machen die verbandübergreifende Arbeit mehr als nur notwendig. Für das weitere Gelingen der Zusammenarbeit muss das Bündnis ständig mit neuen relevanten Themen unterfüttert werden, die in direktem Zusammenhang zur Energiewende stehen.

Eine große zukünftige Herausforderung wird sein, die Thematik in den Bundesverbänden, aber auch in lokalen Organisationsstrukturen zu verankern. Das wirkliche Potential der Zusammenarbeit der beiden Verbandsseiten schlummert auf lokaler Ebene. Es müsste daher geklärt werden wie dieses Potential abgerufen werden kann. Wo immer das aber passiert, zeigen sich großartige Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit. Des Weiteren sollen neue Partner*innen eingebunden werden.

Themenübergreifende Bündnisse können gelingen – ein Fazit

Dialogforum I: Papier zur sozial gerechten Energiewende

Zusammenfassend stellen die Referenten fest, dass fach- und organisationsübergreifende Zusammenarbeit funktioniert. Die themenübergreifende Kooperation kann neue Perspektiven öffnen und so die möglicherweise auf den eigenen Fachbereich eingeschränkte Sichtweise erweitern. Von Vorteil für beide Seiten ist dabei, dass so auch die politische Schlagkraft erhöht werden kann. Hierfür ist es jedoch wichtig mit geeinter Stimme zu sprechen. Eine konstante, formalisierte Plattform zu haben, um sich schon im Vorfeld zu relevanten Themen auszutauschen, gemeinsame Haltungen zu finden und sich auf Sprachregelungen zu einigen, ist eine zentrale Voraussetzung, um nicht zum Spielball im Kampf der unterschiedlichen politischen Richtungen zu werden, oder sich gar auseinanderdividieren zu lassen.

Für Bündnisse solcher Art scheint jedoch innerhalb der Organisationen viel Überzeugungsarbeit nötig. Diskussionen über grundlegende Werte und Bedürfnisse stellen hierfür einen wichtigen ersten Schritt dar. Nicht zuletzt, um statt einer top down Herangehensweise, aus einer bottom up Strategie, die oftmals treibenden Kräfte der lokalen Ebene zu nutzen.

In einer abschließenden Diskussionsrunde diskutierten die TeilnehmerInnen wie man z.B. Jugendverbände besser ansprechen und in Bündnisse integrieren könnte. Weitere Fragen waren, wie neue Akteure/Alliierte identifiziert werden können und wie man die Kirche, als wichtigen Akteur einbinden kann. Auch die Idee, ob die Sustainable Development Goals (SDGs) als globales, verbindendes Element in Zukunft eine Rolle spielen könnten wurde besprochen.